

## Rede von Willy Brandt über die neue Architektur Europas (Luxemburg, 4. Mai 1992)

**Legende:** Am 4. Mai 1992 untersucht Willy Brandt, Ehrenvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), die Aussichten der Europäischen Union auf Vertiefung und Erweiterung nach den geopolitischen Veränderungen in Europa und versucht, die Perspektiven des europäischen Kontinents auf eine Vereinigung aufzuzeigen.

**Quelle:** Cahiers socialistes européens. Mai 1992, Nr. 5. Luxembourg: Groupe socialiste au Parlement européen. "Auf dem Weg zu einer neuen Architektur Europas", auteur:Brandt, Willy.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_willy\\_brandt\\_uber\\_die\\_neue\\_architektur\\_europas\\_luxemburg\\_4\\_mai\\_1992-de-0fb93fd7-7df6-4d34-8047-da1e80336956.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_die_neue_architektur_europas_luxemburg_4_mai_1992-de-0fb93fd7-7df6-4d34-8047-da1e80336956.html)

**Publication date:** 03/07/2013

## Zur Architektur Europas

Ihrer freundlichen Einladung, hier an einem Vorort europäischer Integration über die Perspektiven kontinentaler Zusammenarbeit zu sprechen, bin ich gern gefolgt. Ich darf sicher davon ausgehen, daß von mir nicht nur Randbemerkungen zum gegenwärtigen Stand der Europäischen Gemeinschaft erwartet werden, sondern auch Hinweise auf deren inhaltliche und räumliche Erweiterung - sowie auch auf das, was an sachlicher Zusammenarbeit zu gestalten bleibt, wenn man - wie ich - davon ausgeht, daß die Formel "von Vancouver bis Wladiwostok" nicht geeignet ist, der fortschreitenden Einigung Europas die angemessene Orientierung zu geben.

Wenn also von "Architektur" die Rede ist, widerrate ich jeder möglichen Neigung zur Gigantomanie. Was neu zu gestalten ist, sollte sich auf kreative Weise und organisch aus gewachsenen Strukturen des europäischen Raumes entwickeln. Das wird sich als schwierig genug erweisen.

Auf der anderen Seite sind wir nicht mehr in jener Situation, in der es leicht über die Lippen kam (und nichts kostete), daß den Völkern im Osten der Weg in die Gemeinschaft offenstünde, wenn sie nicht mehr durch Fremdherrschaft und Diktatur daran gehindert sein würden. Erfreulicherweise geschah dies überwiegend auf friedliche Art und Weise - aber leider auch, vor allem auf dem Balkan, mit gewaltsamen Erschütterungen, die vermutlich noch nicht zu Ende sind. Nicht zuletzt deshalb, aber auch wegen der in diesem Ausmaß kaum erwarteten wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist die Hochstimmung des Herbstes '89 weitgehend verfliegen.

Gegenwärtig wird das Leben der Menschen in der Mitte und im östlichen Teil Europas durch existentielle Alltagsorgen schwer beeinträchtigt. Die dortigen Wirtschaftskrisen mit ihren sozialen Spannungen, Kinderkrankheiten der neuen Demokratien und aufgeheizten Nationalismen, zudem die Befürchtungen vor massenhafter Wanderung gen Westen und nicht zuletzt das Wissen um große finanzielle Anforderungen, die schon vorliegen und zu erwarten sind - all das hat auch in diesem Teil Europas mancherlei Ängste genährt. Jedenfalls hat es mancherorts die Neigung verstärkt, sich auf so etwas wie einen "Fahrplan" für das größere Europa noch nicht festzulegen.

Das ist verständlich, aber wenig hilfreich. Was kann nun in dieser nicht einfachen Lage, in der Gesamteuropa zu neuen Ufern strebt, von der Politik verlangt werden?

- Erstens sind, einzelstaatlich und gemeinschaftlich, konkrete Maßnahmen gefragt, um den Problemdruck zu mindern. Daß, gelinde gesagt, Zweifel an der Fähigkeit der (wie man so sagt) etablierten politischen Gruppierungen bestehen, offenkundige wirtschaftliche und soziale - auch rechtliche - Probleme zu meistern, ist offenkundig und ließ sich neuerlich auch an Wahlergebnissen ablesen. Unseren demokratischen Institutionen wird der Nachweis abverlangt, daß sie weder verfettet noch reaktionsfaul geworden sind.

- Zweitens werden für die europäische Zusammenarbeit realistische Konzepte gebraucht, wobei EG-intern überzeugende Schritte zur "vertieften" Union erwartet werden, gleichzeitig aber auch glaubhafte Perspektiven zur Erweiterung des Raumes gemeinsamer europäischer Sicherheit und partnerschaftlicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

- Und drittens ist die europäische Politik gewiß gut beraten, wenn sie sich den Blick durch den kontinentalen Tellerrand nicht verstellen läßt, mithin die globalen Zusammenhänge und Interdependenzen im Auge behält. Das Wort von der "einen" Welt muß mehr als ein Sonntagslogan werden, zumal sich an europäischer Mitverantwortung für weltweite Entwicklungen ohnehin nicht zweifeln läßt.

### I.

Wenn ich meinen ersten Punkt hier nicht vertiefe, so nicht aus Scheu vor kritischen Tönen (die, nebenbei gesagt, nicht nur Angehörige anderer politischer Familien, sondern auch der eigenen treffen würden), vielmehr aus der banalen Erkenntnis, daß konkrete Vorschläge nun einmal auf die spezifischen Problemlagen der einzelnen Länder und Regionen passen sollten. Was zur Schaffung neuer Arbeitsplätze oder zur Linderung von Wohnungsnot getan werden muß, kann in aller Regel nur vor Ort entschieden

werden. Und Europa eignet sich nicht als Verschiebebahnhof für Verantwortlichkeiten.

Freilich kann es weiterhin nicht schaden, das eine oder andere von den Nachbarn zu lernen, sich über Grenzen hinweg abzustimmen und Maßnahmen zu koordinieren, wo sie nicht ohnehin in den Bereich gemeinsamer Verantwortung fallen. Ich denke hier nicht zuletzt an das vielerorts heikle Flüchtlingsproblem und die sich aufdrängende Nachfrage: Wann EG-Europa endlich zu einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik finden wird? (Ich weiß wohl, dieses Thema allein wäre ein abendfüllendes Programm.)

Daß die Situationen, wie sie gegenwärtig hier und da gegeben scheinen, die radikalen Verfechter vermeintlich einfacher Problemlösungen Zulauf erhalten, kann nicht überraschen, aber sehr wohl beunruhigen. Bei den Propagandisten der "Einfachheit" bzw. Einfältigkeit gerät allemal auch die europäische Integration auf die Anklagebank. Das muß kein Nachteil sein, denn es führt die Auseinandersetzung hin zum Grundsätzlichen. Und das gibt uns die Chance, die vielen Frauen und Männer in den EG-Ländern zu mobilisieren, die sehr wohl wissen, daß wir nach den schlimmen Jahrhunderten des zerstörerischen Gegeneinander die Zukunft gedeihlichen Miteinanders zu verteidigen haben.

Ich darf davon ausgehen, daß man in Luxemburg über die Schwierigkeiten, die mit der Integration der Zwölf verbunden sind, besser als mancherorts sonst Bescheid weiß; über die mühseligen Feinarbeiten für den Binnenmarkt brauche ich mich hier kaum zu äußern, und es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte ich hier über die teils vereinbarte, teils sich auf andere Weise abzeichnende Marschroute der EG-12 berichten. Daher will ich zu dem, was Ende letzten Jahres in Maastricht beschlossen wurde, lediglich drei Anmerkungen machen:

Erstens zeigt alle bisherige Erfahrung, daß wichtige, aber auch weniger wichtige Vorhaben der EG meistens etwas mehr Zeit brauchen, als man zunächst gedacht hat; das muß auch weiterhin kein Malheur sein - jedenfalls kein größeres als die Perfektionssucht eines Teils der EG-Bürokratie.

Zweitens will ich nicht verhehlen, daß ich mir - und uns allen - mehr gewünscht hätte, als auf dem EG-Gipfel vereinbart wurde. So insbesondere weitergehende Kontroll- und Entscheidungsrechte für das Europa-Parlament, deutlichere Schritte zur Sozialunion (ohne britischen Sonderweg) und eine Politische Union mit verbindlichen Gemeinsamkeiten in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Drittens ist zu erwarten, daß von den Prozessen der Ratifizierung von "Maastricht" - so oder so - erhebliche Wirkungen für die Gemeinschaft ausgehen werden; dies gilt dann noch einmal in besonderem Maße für die indirekt interdependenten Vorgänge in Frankreich und Deutschland.

Mit neu-deutscher Nachdenklichkeit zur Währungsunion möchte ich Sie nicht behelligen, zumal ich davon ausgehe, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten, ohne sie auch nur andeutungsweise zu unterschätzen, in den nächsten Jahren zu überwinden sind. Und daß, zum anderen, die vereinigten Zentralbanker über genügend monetäre Künste verfügen, um bis Ende dieses Jahrzehnts einen harten Ecu zu schaffen, wobei ja noch nicht das letzte Wort darüber gesprochen ist, wie das europäische Geld letztlich heißen soll. Allerdings sollte allseits Klarheit darüber bestehen, daß Wohlstand nur zu mehren und Geldwertstabilität nur zu sichern sind, wenn im gegebenen Zeitraum auf den finanziellen und wirtschaftlich Feldern - was selbstverständlich die soziale Komponente einschließt - mehr als eine vage Harmonisierung der nationalen Interessen gelingt.

Generell gilt es, liebgewonnene Traditionen - wenn immer möglich - zu bewahren, weil Europas Stärke die geschichtlich begründete Vielfalt ist. Gleichwohl sind Angleichungen unter den Mitgliedstaaten nun einmal nötig, um die Integrationsvorteile auszuschöpfen. Angleichung im Sinne eines fairen Ausgleichs sollte jedenfalls nicht als Gleichmacherei mißverstanden werden. Nur kann der gemeinsame Nenner eben nicht der niedrigste sein.

Was die Befürchtung der selbstbewußten Länder und Regionen anbelangt, zu vieles werde in Brüssel entschieden und von dort reglementiert, meine ich, das von Jacques Delors zu Recht so stark betonte

Leitmotiv der Subsidiarität sei eine gute Orientierung für die Innenarchitektur der Gemeinschaft: Einerseits brauchen wir eine verbindliche Hausordnung, aber andererseits auch weiterhin die Freiheit, unsere Zimmer nach eigenem Geschmack einrichten zu können. Wesentlich scheint mir, daß wir nicht nur Fenster und Türen offenhalten, sondern uns auch stets bewußt bleiben, daß unser europäisches Haus nicht allein dasteht. Europäische Integration und "Weltinnenpolitik", mit der Abgabe von Kompetenzen nach oben, werden umso besser gelingen, je mehr gleichzeitig der Spielraum für Dezentralisierung genutzt wird.

## II.

Die EG - zunächst der Sechs, dann der Neun, dann der Zwölf - war grundsätzlich auf die europäischen Demokratien angelegt, tatsächlich blieb sie auf den Westen des Kontinents begrenzt. Daraus ist niemandem ein Vorwurf zu machen, und niemand hat vorausgesehen, was sich wann und wie tiefgreifend verändern würde.

Vielen, zumal jüngeren EG-Bürgern dürfte erst im Herbst '89 wieder oder überhaupt bewußt geworden sein, daß Europa nicht an den Demarkationslinien im sogenannten Osten endete. Und daß wir in der Mitte und im Osten europäische Nachbarn haben, die uns wortwörtlich nahe sind. Aber neu zu lernen war, wie weit wir wirtschaftlich und sozial und sogar mental voneinander entfernt sind. Und als wie schwierig es sich erweist, nach den Jahren der Uniformität funktionsfähige Demokratien zu entwickeln. Zweifellos hat zudem die jahrzehntelange Trennung Fremdheiten erzeugt, die auch und gerade im vereinten Deutschland spürbar sind - die "Mauern in den Köpfen und Herzen" verschwinden nicht umstandslos. Wir - und ich meine damit keineswegs nur meine Landsleute - werden schon einiges zu leisten haben, um ein gedeihliches Zusammenleben im größer gewordenen Europa möglich zu machen.

Wer es als Umstand und als überflüssige Last empfindet, daß kurz- und mittelfristig umfangreiche Nachbarschaftshilfe erwartet wird, verkennt die längerfristigen Vorteile für beide Seiten. Niemand kann nämlich ein Interesse daran haben, das vorhandene Wohlstandsgefälle auf der West-Ost-Schiene noch weiter auseinanderklaffen zu lassen. Schon wer weiß, daß krasse Einkommensunterschiede im Zeitalter umfassender Kommunikation die Migrationsströme anschwellen lassen, muß im eigenen Interesse dazu beitragen, daß Menschen es für lohnend halten, in ihrer Heimat zu bleiben.

Kein Zweifel: Nach der Beendigung des Kalten Krieges haben sich die europäischen Sicherheitsrisiken weitgehend von der militärischen auf die wirtschaftliche und soziale Ebene verlagert. Zwar gehöre ich nicht zu denen, die die militärische Dimension der Sicherheit zu vernachlässigen geneigt sind - ich werde darauf zurückkommen -, aber vorrangig gilt es jetzt, einen spürbaren Einsatz an der "Wirtschaftsfront" in den früher kommunistisch regierten Staaten zu leisten. Niemand sollte sich der Illusion hingeben, die im Osten neugewonnene Chance für die Demokratie sei zukunftsfruchtig zu nutzen, wenn die soziale Misere das menschlich Erträgliche übersteigt.

Da wir längst wissen, daß die im Osten geübte Staatswirtschaft die natürlichen Ressourcen vergeudet, dabei die Umwelt in schier unglaublichem Ausmaße zerstören half, und infolge technologischer Rückständigkeit und niedriger Produktivität Güter erzeugte, die auf den Weltmärkten heutzutage schlechterdings nicht verkäuflich sind - angesichts dieser tristen Lage in Mittelost- und Osteuropa ist dringend hilfreiche Zusammenarbeit geboten. Und die setzt das Wissen darum voraus, daß die Aufgabe größer und komplizierter ist, als es selbst solide Fachleute im Visier hatten.

Man sollte aus den Fehlern in anderen Teilen der Welt und in der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik lernen. Eine exzessive Neuverschuldung des Ostens könnte zur Falle werden. Eine Sache ist, schnell zu helfen und mehr als bisher personelle und technische Unterstützung zu gewähren, aber Vorsicht walten zu lassen, wo es sich um das Ausmaß und die Formen von Finanztransfers handelt.

Sicherlich kann und muß darüber beraten und verhandelt werden, wie effektiv geholfen werden kann. Nur ist überhaupt nicht damit geholfen, wenn manche im Westen sich mit wohlfeilen Theorien über die Selbstheilungskräfte freier Märkte leicht tun, aber merklich zugeknöpft sind, wenn es um ganz praktisches Mittun geht. Wobei es natürlich nicht nur um Kredite und Investitionen geht, sondern auch und gerade um

personelle und administrative Hilfen; an technischem Knowhow fehlt es ebenso wie an modernen Verwaltungsstrukturen, von denen ein erfolgreicher Strukturwandel abhängig ist.

Dabei will ich keineswegs geringschätzen, was bilateral zwischen den Regierungen und was über multilaterale Organisationen unternommen worden ist. Immerhin hat gerade die EG mit der CSFR, Ungarn und Polen inhaltsreiche Assoziierungsverträge vereinbart und auch anderen Reformstaaten Hilfen zugesagt; und dieser Tage wurden auf der Frühjahrstagung von Weltbank und IWF endlich Kreditprogramme für Rußland und andere GUS-Staaten auf den Weg gebracht, die aber möglicherweise noch nicht ausgereift sind. Überdies hat die neugegründete Europäische Bank für Wiederaufbau begonnen, tätig zu werden; schließlich sollten die nichtstaatlichen Hilfeleistungen, wie vor allem die Lieferungen von Nahrungsmitteln nicht vergessen werden, die doch mehr als symbolische Bedeutung haben.

Was jedoch weiterhin fehlt, ist die große Linie eines gesamteuropäischen bzw. gesamtwestlichen Vorhabens im Sinne einer Art von Zukunftsprogramm ähnlich der Marshall-Plan, der in den 40er Jahren - wie wir Älteren uns gut erinnern - durch hohe Transferleistungen wesentlich zum Wiederaufbau und damit zugleich zur Festigung der Demokratie Westeuropas beigetragen hat. Wer da jenseits des Atlantik allerdings meint, was einst die Amerikaner finanziell geschultert haben, sollten nunmehr die Deutschen (und vielleicht die Japaner) vollbringen, der verkennt freilich die Größenordnungen. Es müßten schon alle, die dazu in der Lage sind, zum Lastenausgleich beitragen. Anders ergibt das Wort "burden-sharing" keinen rechten Sinn.

Wohlwissend, daß Jahrzehnte fehlgeleiteter Entwicklung nicht gleichsam über Nacht korrigiert werden können - und zwar selbst dann nicht, wenn enorme Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, wie wohl historisch einmalig im deutschen Sonderfall -, müssen wir davon ausgehen, daß die Länder im östlichen Teil Europas nachhaltige und über einen längeren Zeitraum sich erstreckende Engagements von westlicher Seite brauchen. Das heißt vor allem offene Märkte bei uns - und für gewisse Zeit Schutzraum zum Aufbau wettbewerbsfähiger Industrien und bäuerlicher Landwirtschaft. Und zwar mit dem längerfristigen Ziel, das zu erreichen, was in Westeuropa - wenn auch gewiß nicht vollkommen - gelungen ist: die Annäherung der Lebensstandards und der Zukunftschancen.

Diese Vision wird sich aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage in einigen Ländern früher als in anderen realisieren lassen. So bin ich recht zuversichtlich, daß um die Jahrtausendwende die CSFR, Ungarn und Polen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sein können. Und es wäre wohl klug, da kräftemobilisierend, wenn die EG diesen Staaten die konkret anzustrebende Mitgliedschaft recht bald verbindlich zusagen würde.

Inzwischen wird die nächste Stufe der EG-Erweiterung verwirklicht worden sein. Ich meine die Aufnahme der fast schon dazugehörenden EFTA-Staaten (- es sei denn, in dem einen oder anderen Fall überlegt man es sich noch anders). Ich halte es für wahrscheinlich, daß sich die EG-Ausdehnung im Norden auch zum Vorteil der Baltischen Staaten auswirken kann. Im Südosten sehe ich nicht, wie das auf Eis gelegte Beitritts-gesuch der Türkei jetzt neu gefördert werden könnte - von anderem abgesehen könnte es ja auch so sein, daß die Türkei stärker, als bisher vorauszusehen, durch ihre neuen Engagements in Mittelasien in Anspruch genommen sein wird. Aber allein deshalb dürfen wir die Beziehungen zur Türkei nicht vernachlässigen.

Ich weiß natürlich um die - nicht nur in Brüssel angesiedelten - Bedenken gegen eine Verbreiterung der EG, da gegenwärtig die Vertiefung im Kreise der Zwölf ganz oben auf der Tagesordnung steht. Aber die Einwände können mich, so sie grundsätzlicher Art sind, nicht überzeugen. Was in den 80er Jahren vernünftig war, nämlich beides gleichzeitig zu wagen - weil einerseits Spanien, Portugal und Griechenland eine handfeste Perspektive brauchten, andererseits die japanische Herausforderung das Projekt EG '92 beflügelte -, kann unter den Bedingungen dieser 90er Jahre nicht unvernünftig sein.

Selbstverständlich hatte und behält die westeuropäische Komponente ihren eigenen Rang, aber die EG wurde gewiß nicht erfunden, um die Entwicklung und Integration neuer Demokratien zu erschweren - vielmehr gilt es diesen Prozeß so zu gestalten, daß sein Ergebnis dem Kontinent im ganzen zum Vorteil gereicht.

Gleichwohl kann dies nicht bedeuten, einer gewissermaßen grenzenlosen Erweiterung das Wort zu reden. Raum und Zeit - denken wir allein an den Koordinationsaufwand und die Entscheidungsprozesse - wollen wohl bedacht sein. Hinsichtlich der räumlichen Dimensionen habe ich schon anklingen lassen, daß ich mir eine EG, die eines Tages bis nach Wladiwostok reichen würde - selbst wenn dies einige Reißbrettarchitekten so entwerfen mögen - nicht gut vorstellen kann. Ich vermute, dadurch würden geopolitische und demographische Ungleichgewichte geschaffen, die auszuhalten oder auszugleichen die EG überfordert wäre.

Das spricht nicht dagegen, sondern dafür, um eine möglichst umfassende und qualifizierte Zusammenarbeit mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bemüht zu sein. Und zwar auf den Gebieten der Wirtschaft, der Industrienormen, des Verkehrswesens, der Energie und Ökologie, gewiß auch der Kultur. Hier finden sich die Sektoren, auf denen überschaubare Projekte finanziell gestützt werden sollten.

### III.

Für die europäische Sicherheit im weiteren Sinne sind verlässliche Beziehungen und Vereinbarungen zu Rußland, zur Ukraine und anderen Staaten der früheren Sowjetunion unerlässlich. Unser vorrangiges Interesse sollte darin bestehen, die wirtschaftliche Krise in Rußland, der Ukraine (und den anderen Nachfolge-Republiken) überwinden zu helfen und sie - wie übrigens auch die Länder des Balkan - über jeweils geeignete, möglichst maßgeschneiderte Abkommen möglichst gut auf die Gemeinschaft zu orientieren.

Ich sehe also ein Europa unterschiedlicher Dichte: Um den Kern unserer Gemeinschaft ein Kranz assoziierter Staaten und ein weiterer Kreis von Staaten, zu denen sich ein Verhältnis qualifizierter, wachsend enger Zusammenarbeit entwickelt.

Auf dem Wege weiterer Annäherung können neben der EG auch andere europäische Institutionen wichtige Dienste leisten: zumal die KSZE und der Europarat; auch die NATO kann hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Bedauerlicherweise ist die KSZE institutionell nur schwach verankert - die bislang geschaffenen Einrichtungen (in Wien, Warschau und Prag) haben zunächst kaum mehr als symbolische Bedeutung - aber die Grundsätze für die gesamteuropäische Zusammenarbeit, die in der Pariser Charta niedergelegt sind, sollten selbstverständlich auch für jene gelten, die seitdem als Mitgliedsstaaten aufgenommen wurden. (Was uns daran erinnert, daß die KSZE mittlerweile weit über Europa hinaus greift - vor Beginn bis nach Nordamerika, nunmehr auch in die Tiefe Asiens.)

Ohne neue, völkerrechtlich verbindliche Instrumente kann heute die KSZE ihrer Charta faktische Geltung nicht verschaffen; das ist die schmerzliche Lehre auf dem Balkan, wo das Blutvergießen weder verhindert noch beendet werden konnte - leider auch nicht durch die EG-Vermittlung. Und wer wollte seine Hand dafür ins Feuer legen, daß die latenten Konflikte zwischen GUS-Staaten friedlich gelöst werden können.

Ich will nicht verallgemeinern, da sich Nationalitätenfragen - auch Anfälligkeiten für Fremdenhaß - von Land zu Land unterschiedlich stellen, aber eines ist sicher: dem Wohl der Völker ist mit Rückgriffen in nationalistische und ethnische Mottenkisten ebensowenig gedient wie dem Gedeihen gesamteuropäischer Zusammenarbeit.

Man sollte sich überall im klaren sein, daß zum freiheitlichen Europa nur gehören kann, wer die Volksgruppen und Menschenrechte garantiert und den Grunderfordernissen pluralistischer Demokratie gerecht wird. Da die KSZE-Prinzipien zum Schutz von nationalen und religiösen Minderheiten eindeutig sind, wird es höchste Zeit, daß die KSZE-Partner verbindliche rechtliche Regelungen vereinbaren und sich auch darüber klar werden, welche Maßnahmen erforderlichenfalls zu ergreifen sind, um sicherzustellen, was europäisch geboten ist.

Konkret sollte die Aufgabe der Überprüfung der relevanten KSZE-Prinzipien wohl am besten dem

Europarat übertragen werden - Menschenrechtskonventionen wurden bereits in Straßburg erarbeitet, und der Europarat hat sich für gesamteuropäische Zusammenarbeit frühzeitig hinreichend offen gezeigt.

Die NATO hat inzwischen eine Offenheit gezeigt, die ihr manche nicht zugetraut hatten. Nachdem der Warschauer Pakt im Papierkorb der Geschichte endete, stellte sich fast zwangsläufig die Herausforderung, die Nordatlantische Allianz von einem konfrontativen Militärbündnis in Richtung auf eine kooperationswillige Sicherheitsagentur zu verändern. Mit dem neugeschaffenen Nordatlantischen Kooperationsrat (dessen Kürzel NAKR man sich wohl merken muß) ist die NATO über den eigenen Schatten gesprungen und hat einen großen Schritt in Richtung auf gemeinsame, gesamteuropäische Sicherheit getan.

Freilich sind auf dem Wege dorthin noch schwierige Aufgaben des Rüstungsabbaus und der Rüstungskontrolle zu bewältigen. So kann niemanden gleichgültig lassen, ob und wie das Militärpotential der früheren Sowjetunion kontrolliert wird, da - nach der "Zellteilung" in vier Atommächte - die Risiken nuklearer Proliferation - und die Weitergabe von Wissen über andere gefährliche Waffensysteme - in südliche oder andere Himmelsrichtung nicht von der Hand zu weisen sind. Daß die Präsidenten der Ukraine, Kasachstans und Weißrußlands unisono erklärt haben, sie wollten keine Atommächte bleiben, ist zwar lobenswert, doch über die Zeiträume und die Bedingungen des tatsächlichen Atomwaffenverzichts hört man recht Unterschiedliches, Kasachstan will jedenfalls atomarer Gesprächspartner der USA bleiben. Das muß nicht beunruhigen, aber die "nukleare Lage" bleibt unübersichtlich. Da es darum geht, gute Absichten zu verifizieren, wird es sehr darauf ankommen, wie die anderen Atomstaaten sich verhalten - China eingeschlossen -, und ob die NATO und die KSZE mit Rat und Tat behilflich sein können.

Zudem muß die NATO ehemalige Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes weitgehend "einbinden", damit in Mitteleuropa kein Sicherheitsvakuum bleibt. Offene Fragen einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur lassen sich vermutlich eher im NAKR erörtern als innerhalb der KSZE, die bis auf weiteres - wider die in sie gesetzten Hoffnungen - über alternative Sicherheitsstrukturen nicht verfügt.

Gerade weil politische und wirtschaftliche Stabilität in den Ländern der früheren Sowjetunion ziemlich viel Zeit brauchen werden, dürfen wir in unserem Bemühen um Sicherheit nicht so lange warten: Wir haben ja auch wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht, während es noch RGW und SU gab. Nun ein gesamteuropäisches Korsett gegenseitiger kontrollierbarer Sicherheit zu schaffen, liegt ebenso in unserem wie im Interesse jener neuen Staaten, die sich dann besser auf ihre innere Entwicklung konzentrieren könnten.

#### IV.

Trotz der bekannten Bemühungen sind Europas Fähigkeiten zur regionalen Konfliktlösung weiterhin unterentwickelt, wie sich in wiederholten Hilfeersuchen an die UNO im jugoslawischen Nationalitätenkrieg deutlich gezeigt hat. Und es darf wohl auch daran erinnert werden, wie schwer es die EG-Staaten hatten, im Golfkonflikt zu einer gemeinsamen Haltung zu finden. Aus diesen und anderen Gründen - auch wegen der brisanten Situation im uns nahen Maghreb - sollte uns daran gelegen sein, die europäische Politik innerhalb der Vereinten Nationen weit mehr als bisher auf einen Nenner zu bringen. Und die Vereinten Nationen so zu stärken, daß sie Konflikte frühzeitig erkennen, eindämmen und möglichst mit friedlichen Mitteln lösen können.

Europäische Sicherheit muß sich vernünftigerweise in ein umfassendes kollektives Sicherheitssystem einfügen, das potentielle Friedensstörer durch die Sanktionspotentiale der UNO in die Schranken verweist - wie es sich die Gründungsväter der Vereinten Nationen vorstellten. Mittlerweile wird dies - stärker als in den zurückliegenden Jahren und nicht nur in New York - als vorrangiger Auftrag der Staatengemeinschaft verstanden.

Bei diesem Vorhaben sollte man sich bewußt sein, daß die internationale Sicherheit nicht nur durch "Irrläufer" mit Massenvernichtungswaffen gefährdet wird, sondern auch durch die globale Umweltzerstörung, exzessiven Energie- und Rohstoffverbrauch, Überbevölkerung und von vielen als unfair

empfundene Bedingungen der Weltwirtschaft. Überdies können Verteilungskämpfe und Wanderungsbewegungen die kollektive Sicherheit ebenso gefährden wie zur gewalttätigen Explosion tendierende ethnische oder konfessionell begründete Spannungen, die Verfolgung von Minderheiten und andere gravierende Verletzungen der grundlegenden Menschenrechte. Kein Zweifel, Entwicklung in Frieden, der Schutz der Menschenrechte und der globalen Umwelt gehören zu den großen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft. Mit militärischen Mitteln werden diese Aufgaben sicherlich nicht zu bewältigen sein.

Letztlich geht es um globale Perspektiven des Überlebens. Daher haben wir Europäer auch nicht die Wahl zwischen Hinwendung zum Osten oder zum Süden, sondern wir müssen das eine tun und dürfen das andere nicht lassen. Bei aller notwendigen Konzentration auf europäische Anforderungen dürfen wir nicht die Nord-Süd-Aufgaben aus dem Auge verlieren - mithin den Entwicklungsländern in Afrika, Lateinamerika und Asien nicht über Gebühr geduldiges Verständnis für die gegenwärtigen Probleme unseres Kontinents abverlangen. Im Süden lebt die weit überwiegende Mehrheit der Menschheit - und wer die Prognosen über die Weltbevölkerungsentwicklung kennt, der weiß, daß dort weithin die Zukunft entschieden wird.

Weil gegenwärtig im Vorfeld der großen Rio-Konferenz ein unschönes Gezerre um Mittel für ökologisch sinnvolle und notwendige Maßnahmen stattfindet, füge ich hinzu: Eine bessere Verwendung für die "Friedensdividende" könnte ich mir nicht denken, als einsparbare Militärausgaben an allen "Fronten" - lokal, national und international - im besonderen Maße für Aufgaben der Sicherung unserer natürlichen Umwelt zu verwenden, was notwendigerweise Maßnahmen zur Überwindung der Massenarmut einschließen sollte.

Angesichts der ganz realen Risiken der Ozonlöcher und der globalen Klimaveränderungen sollten wir schleunigst zu einer Neubewertung interdependenter Entwicklung kommen. Ich hoffe daher, daß auf der Rio-Konferenz nicht nur wohlklingende Reden gehalten werden, sondern - unter maßgeblicher europäischer Mitwirkung - Umwelt und Entwicklung als vorrangige Prioritäten internationaler Sicherheit behandelt werden.

Auch angesichts der beängstigenden Vorhersagen über Wanderungsbewegungen, die unsere politischen Systeme vor Zerreißproben stellen würden, dürfen wir in Europa nicht durch Nachlässigkeit neue Gräben aufreißen. Mit meiner Vorstellung von einem weltoffenen Europa würde sich Abschottung wahrlich nicht vereinbaren lassen. Vielmehr mit tatkräftiger, solidarischer Hilfe, damit die politischen Wirren und die wirtschaftliche Misere im östlichen Teil Europas und darüber hinaus nicht von Dauer sind. Daß hierzu auch eine gemeinsame europäische Politik auf den Gebieten der Zuwanderung gehört, liegt auf der Hand.

Offenheit, Verständnis und Hilfsbereitschaft werden sich auszahlen. Eine eingeeengte Weltsicht würde sich dagegen bitter rächen. Mir liegt sehr daran, auch dieses Element gemeinsamer europäischer Orientierung nicht zu kurz kommen zu lassen.